

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 19 K-LTGO

An den
Kärntner Landtag
Landhaushof
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt am Wörthersee, am 29.09.2022

Betreff: **Kampf gegen die Teuerung in Kärnten: Wohnen muss leistbar sein – Mieten und Betriebskosten dürfen nicht noch weiter steigen**

Antragsteller: KO Mag. Darmann, KO-Stv. Trettenbrein, LPräs. Lobnig, LAbg. Staudacher

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landeshauptmann wird aufgefordert umgehend eine Landeshauptleute-Konferenz einzuberufen, um gemeinsam mit der Bundesregierung folgendes für die Bundesländer insbesondere für Kärnten sicherzustellen:

1. Wohnen muss leistbar sein.
2. Mieten und Betriebskosten dürfen nicht noch weiter steigen.
3. Betriebskostenbremse: Bund und Land haben insbesondere die Gemeinden finanziell zu unterstützen, damit diese die explodierenden Energiepreise nicht den Gemeindebürgern weiterverrechnen müssen.

BEGRÜNDUNG

Durch die aktuell steigenden Energie-, Heiz- und Betriebskosten steigen auch die Wohnkosten der Kärntner Haushalte. Die Arbeiterkammer Kärnten hat im Frühjahr 2022 eine Befragung zu den Wohnkosten durchgeführt. Das Ergebnis war, dass mehr als die Hälfte der 596 Befragten Wohnkosten zwischen 500 und 700 Euro haben. Für immerhin knapp ein Drittel der Befragten in Privatwohnungen machen die monatlichen Kosten gar über 800 Euro aus. 89 Prozent der befragten Mieter in Genossenschaftswohnungen gaben an, dass die Mieten gegenüber 2019 massiv angestiegen sind. Die Kosten fürs Wohnen machen oftmals schon mehr als zwei Drittel des Einkommens aus.

Auf Grund der Preis-Explosionen in den letzten Monaten haben sich die Kosten für das Wohnen insbesondere bei den Kärntner Mietern nunmehr noch weiter dramatisch verschärft.

Wohnen, günstiges und leistbares Wohnen ist eine Grundvoraussetzung für die Kärntner insbesondere für die jungen Familien, die sich eine Existenz aufbauen wollen. Deshalb ist der Kärntner Landeshauptmann, die Kärntner Landesregierung sowie der Bund dringend gefordert Maßnahmen zu setzen.